

AUS DEM PLENUM

Show-Veranstaltung der CDU

Die letzte Plenarsitzung des Berliner Abgeordnetenhauses war wieder einmal zu einer Show- Veranstaltung der Opposition degeneriert, wobei die Grünen versuchten, sich - wenn auch mit Kritik am Senat - eigentlich herauszuhalten.

Die bürgerliche Opposition verlangte einen Antrag anzunehmen, nachdem die für das Tempodrom verantwortlichen Senatoren, sie sprachen nur von Strieder und Sarazin, nicht von Kurth und Branoner, schon jetzt auf einen Schadensersatz festgelegt werden sollten.

Der CDU-Abgeordnete Braun, für den Neutralität bereits zu den Fremdworten zu gehören scheint, begründete den Antrag entsprechend polemisch. Theatralisch verwies er darauf, dass nach Art. 91 der Verfassung von Berlin Senatoren, wie alle öffentlich Bediensteten, für Verstöße gegen die Finanzverfassung haften würden.

Was der selbsternannte Saubermann - er sollte mal seinen CDU-Kreisverband säubern, da hätte er viel zu tun - in seiner pseudojuristischen Argumentation übersah oder übersehen wollte, sind die Kommentare zur Berliner Verfassung und die sind wahrlich nicht nur von Sozialdemokraten, schon gar nicht von PDSlern, geschrieben. Zitate: H.J. Driehaus (Vors.Richter am BVerwG): "Eine praktische Bedeutung der Norm im Verfassungsleben ist nicht erkennbar."

"Eine Anwendung der Haftungsregelung (auf Senatoren) wird allerdings kaum in Betracht kommen." CDU-Mitglied Pfennig verweist in seinem Kommentar darauf, dass nur Verstöße gegen die Verfassung, nicht aber gegen einfache gesetzliche Haushaltsvorschriften eine Haftung auslösen. Denn Politiker müssen auch die Chance haben, überhaupt zu entscheiden.

Frank Zimmermann machte daher die Falschheit der Vorstellungen der bürgerlichen Opposition deutlich, als er ihnen vorrechnete, dass nach der Argumentation des Abgeordneten Braun, die beiden Senatoren haftungspflichtig wären, wenn sie die weitere Finanzierung des Tempodrom beschließen, aber ebenso, wenn sie dies nicht tun und damit der - viel teure - Bürgschaftsfall für das Land Berlin einträte. Diese Bürgschaft aber haben zwei Senatoren der CDU zu verantworten. Hierzu verlor der ach so objektive Herr Braun kein Wort. Was bleibt: Die CDU hat wieder einmal Zweifel an der Berliner Politik in die Öffentlichkeit getragen. Zum Wohle Berlins? - Sicher nicht, denn auch Investoren lesen Zeitungen und leider haben die meisten den giftigen Herrn Braun noch nie erlebt.

Bernd Schimmler, MdA

BS17122004